

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 35 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Energiewende-Politiken von Ländern,
Regionen und Kommunen

Freitag, 30.09.2016, 16:00 - 17:30 Uhr

Abstract für Panel „Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-Strategien in Europa: Zentrale Technokratie versus dezentrale Demokratie? Forschungsstand und Perspektiven eines neuen Politikfeldes“
DVWP Drei-Länder-Tagung 2016 in Heidelberg vom 29.09. bis 01.10.2016 zum Thema „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Titel des Beitrags: Die Umsetzung der Energiewende im Föderalismus - Eine vergleichende Analyse der Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

Dipl.-Kffr. Christine Chemnitz, M.A. – Universität Osnabrück, 29. Dezember 2015

Die Energiewende steht seit 2011 in einer Reihe groß angelegter politischer Reformvorhaben in Deutschland. Neben den allgemeinen Fragen nach der Reformtauglichkeit und der Wandlungsfähigkeit des politischen Systems steht die zentrale Frage im Vordergrund, welche Governance-Struktur sich zur Koordination und Steuerung der Energiewende während ihrer Umsetzungsphase einstellt, d. h. welche Rolle dem Markt und welche dem Staat, den Wirtschaftsverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren zukommt und welchen Einfluss das Regieren in einer Mehrebenenstruktur von der europäischen bis zur lokalen Ebene auf die Politik und administrative Bewältigung der Energiewende ausübt. Die Energiewendepolitik ist dabei auf dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74, Abs. 1, Ziff. 11 „Recht der Energiewirtschaft“) angesiedelt und stellt damit ein Politikfeld in der Politikverflechtung dar, bei dem im funktionalen Sinn vornehmlich der Bund die Gesetze verabschiedet und die Länder den Vollzug in der Implementierungsphase übernehmen.

Der Beitrag setzt sich zum Ziel, das Verständnis über die Funktionsweise des Föderalismus zu erweitern, indem exemplarisch gezeigt wird, wie insbesondere die Bundesländer im föderativen System an der Umsetzung der Energiewende eigenständig im Rahmen ihrer zuständigen Kompetenzen arbeiten - dies unter der Spannung des von Lehbruch 1976 beschriebenen „Strukturbruchs“ zwischen dem Regelsystem des Parteienwettbewerbs und dem kooperativen Föderalismus (Lehbruch 2000) einerseits und der von Scharpf u. a. 1976 beschriebenen „Politikverflechtung“ andererseits, die als ein Verbund aus über mehrere Ebenen hinweg agierenden Akteuren und als ein Geflecht von formalen und informellen Regelungsstrukturen sowie horizontalen und vertikalen Kooperationen beschrieben werden kann. Aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive (Bogumil/Jann 2009) wird der Beitrag die Veränderungen des „Innenlebens“ der öffentlichen Verwaltung auf Bundes- und Länderebene aufzeigen und auf die Veränderungsprozesse ihrer Außenverhältnisse eingehen, die sowohl die freiwilligen Formen der bundesstaatlichen Kooperation (Kropp 2013) als auch die Struktur der Interessenvermittlung (Czada 2014) berühren. Abschließend werden die Forschungsergebnisse dargestellt, die die Ursachen der bislang aufgetretenen Hürden bei der Umsetzung der Energiewende in einem komplexen politischen Mehrebenensystem erklären.

Information zur Untersuchung:

Der Beitrag basiert auf der gleichnamigen Untersuchung im Rahmen meines Promotionsvorhabens, das zu einer Erklärung des Zusammenhanges von Institutionendynamik, Politikentwicklung und gesellschaftlicher Konfliktregelung im Politisch-Administrativen System der Bundesrepublik Deutschland beitragen soll. Methodisch wird die Untersuchung mit Hilfe des historisch angereicherten akteurzentrierten Institutionalismus auf Techniken des Process-Tracing, des diachronen Vergleichs von politischen Programmen sowie des synchronen Bundesländervergleichs durchgeführt. Als vergleichende Fallstudie angelegt, wurden neben der sekundäranalytischen Erhebung und Dokumentenanalyse insbesondere Experteninterviews auf Bundes- und Länderebene im Jahr 2014 durchgeführt. Die Arbeit wird im Laufe des 1. Quartals 2016 eingereicht werden.

Information zur Person:

Seit April 2014 arbeite ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Projekt „Governance der Energiewende“ am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück und promoviere bei Professor Dr. Roland Czada mit dem Thema „Umsetzung der Energiewende im Föderalismus“; daneben bin ich seit Oktober 2013 Lehrbeauftragte im genannten Fachbereich (Governance, Politikfeldanalyse, Politik und Wirtschaft). Nach meiner Kaufmännischen Ausbildung und einer anschließenden zweieinhalbjährigen Berufstätigkeit in einem Unternehmen der Stahlindustrie studierte ich in den 1990er Jahren Wirtschaftswissenschaften an der Universität-Gesamthochschule-Essen mit den Schwerpunkten Energiewirtschaft, Umweltwirtschaft / Umweltschutzcontrolling sowie Wirtschaftsdidaktik und beschäftige mich in meiner Abschlussarbeit mit dem „Liberalisierungsprozess in der Elektrizitätswirtschaft“. Anschließend war ich über zehn Jahre in der Stahlindustrie in leitender Position als Handlungsbevollmächtigte und Prokuristin tätig und hierbei verantwortlich für die Energieverträge, das operative Geschäft der Energiebeschaffung und -vermarktung sowie für das Energieportfolio- und Energierisikomanagement. Zum Wintersemester 2009/2010 nahm ich ein zweites Studium der Politikwissenschaft im Master-Studiengang „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ an der Universität Osnabrück auf und schloss dieses mit der Arbeit zur Frage „Rekommunalisierung – Eine strategische Option für Kommunen in der Energiewende? Am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen“ ab.

Kontakt:

Dipl.-Kffr. Christine Chemnitz, M.A
Fachbereich Sozialwissenschaften
Staat und Innenpolitik
Projekt »Governance der Energiewende«
Seminarstraße 33
49074 Osnabrück
Telefon 0172 66 38 690
Email cchemnit@uni-osnabrueck.de

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 35 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Energiewende-Politiken von Ländern,
Regionen und Kommunen

Freitag, 30.09.2016, 16:00 - 17:30 Uhr

Abstract für das Panel „Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-Strategien in Europa: Zentrale Technokratie versus dezentrale Demokratie? Forschungsstand und Perspektiven eines neuen Politikfeldes“.

**3-Länder-Tagung der SVPW, ÖGPW und DVPW 2016
„Regionalismus in einer entgrenzten Welt“,
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg,
29.09.-01.10.2016**

Der Energiepakt (Energieakkoord) in den Niederlanden: „grünes“ Poldermodell?

Elisabeth Musch, Universität Osnabrück

Abstract

Nach achtmonatigen Verhandlungen schloss die niederländische Regierung im September 2013 mit 46 Organisationen, darunter den Gewerkschaften, Wirtschafts- und Industrieverbänden, Naturschutz- und Umweltschutzverbänden und weiteren Interessengruppen den Energiepakt (Energieakkoord). Den Verhandlungsprozess leitete eines der zentralen Beratungsgremien der Niederlande, der Sozialökonomische Rat (Sociaal-Economische Raad, SER). Der Pakt enthält sowohl kurzfristige Ziele als auch Langzeitperspektiven, die Themen wie Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien, Ausbau der Energieinfrastruktur, Innovationsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung betreffen. Seit Verabschiedung des Paktes wird der Implementationsprozess von einer beim SER angesiedelten Kontrollgruppe überwacht und bewertet. Der Sozialökonomische Rat nimmt somit eine zentrale Rolle in dem Verhandlungsverfahren und der anschließenden Implementation der Energiewende ein. In dem Papier soll dieser Prozess des Dialogs und der Beratung nachgezeichnet werden, der in der Verabschiedung und Implementation des Energiepaktes mündete. Dabei interessiert insbesondere, wie die politischen Institutionen die Handlungsalternativen und das Entscheidungsverhalten der beteiligten Akteure prägen. Es wird angenommen, dass die niederländische Regierung auf institutionelle und motivationale Ressourcen der niederländischen Konkordanzdemokratie zurückgriff. Damit konnte ein weitreichender und, wie sich inzwischen zeigt, auch nachhaltiger energiepolitischer Handlungskonsens erreicht werden, der die Formulierung und Implementation eines vergleichsweise kohärenten Maßnahmenpaketes umfasst. In den 1980er und 1990er Jahren wurde mit dem sog. Poldermodell in der Wirtschafts- und Sozialpolitik das frühere Versäulungsmodell wiederbelebt. Und auch in der Minderheitenpolitik der 1980er Jahre reaktivierte die Regierung dieses Handlungsrepertoire. Damit folgen staatliche Akteure in der Energiepolitik einem historischen Entwicklungspfad, der sich in früheren Jahren bereits in anderen Politikfeldern abzeichnet. Das Festhalten an korporatistischer Interessenvermittlung kann mitunter auch über die Niederlande als kleiner verwundbarer Staat in einer globalen Welt erklärt werden. Die zentrale Funktion des SER in dem Aushandlungsprozess von Energiewende-Maßnahmen liegt in dem im politischen System der Niederlande hoch institutionalisierten System von Beratungsgremien begründet. Der SER hat sich jedoch in seiner primären Funktion als Beratungsgremium hin zu einem Akteur der Verhandlungsführung und Konsensbildung gewandelt.

Kontakt:

Dr. phil. Elisabeth Musch
Staat und Innenpolitik
Institut für Sozialwissenschaften
Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften
Universität Osnabrück
Tel.: 0541 969 4243 / Email: elisabeth.musch@uni-osnabrueck.de

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 35 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Energiewende-Politiken von Ländern,
Regionen und Kommunen

Freitag, 30.09.2016, 16:00 - 17:30 Uhr

Jörg Kemmerzell

Anne Tews

Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft

DFG-Projekt: Überlokales Handeln und lokale Innovationen im Klimawandel. Eine vergleichende Analyse deutscher Großstädte

Abstract für die Drei Länder-Tagung 2016, Heidelberg, „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“, Panel: „Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-Strategien in Europa“.

Lokale Innovationen in der Energiewendepolitik deutscher Großstädte. Der Einfluss überlokalen Handelns im Vergleich.

Aufgrund der regionalen aber auch überregionalen Einbindung der Energiewende gewinnt die überlokale Dimension städtischer Energiewendepolitik an Bedeutung. Bisherige Studien verweisen auf die positiven Effekte überlokalen Handelns für innovative Policies, beispielsweise durch den erleichterten Zugang zu Best Practices oder die kollektive Interessenvertretung von Städten.¹ Gleichmaßen dienen überlokale Aktivitäten lokalen Akteuren aber auch als Instrument, um politische Anliegen stadintern voranzutreiben und Unterstützung und Teilhabe zu mobilisieren.

Einige vorliegende Untersuchungen behandeln überlokales Handeln als abhängige Variable und untersuchen die Bestimmungsfaktoren der Mitgliedschaft in Netzwerkorganisationen oder der Umsetzung von mit solchen Mitgliedschaften verbundenen Selbstverpflichtungen. Das Ausmaß überlokaler Aktivitäten wird entweder durch strukturelle und institutionelle Faktoren² oder durch Handlungsmotive lokaler Akteure³ erklärt.

Bislang fehlt allerdings eine breiter angelegte Untersuchung zum Einfluss solcher Aktivitäten auf materielle Policies. Wir möchten in unserem Papier die Wirkung überlokalen Handelns auf die lokale Energiewendepolitik im Kontext lokaler institutioneller und sozio-ökonomischer Bedingungen diskutieren. Wir verstehen unter überlokalem Handeln die Beteiligung an EU-Projekten, Bundes- und Landesprogrammen sowie Städtenetzwerken, weiterhin die Teilnahme an Städtewettbewerben und regelmäßige Austauschbeziehungen mit anderen Kommunen und gesellschaftlichen Akteuren. Die Untersuchung beruht auf dem von Ostrom vorgeschlagenen IAD-Framework⁴ und arbeitet mit Fuzzy Set QCA. Sie zielt auf zwei verbundene Fragestellungen: erstens, haben überlokale Aktivitäten einen substanziellen Effekt auf die lokale Energie- und Klimaschutzpolitik, etwa durch die Mobilisierung

¹ Bulkeley, H. et al. 2012: 'Governing climate change transnationally: assessing the evidence from a database of sixty initiatives.', *Environment and planning C : government and policy.*, 30 (4). 591-612; Kern, K./Bulkeley, H. 2009: 'Cities, Europeanization and Multi-level Governance: Governing Climate Change through Transnational Municipal Networks.' *Journal of Common Market Studies* 47 (2). 309–332.

² Sharp, E. B. et al. 2011: 'Understanding Local Adoption and Implementation of Climate Change Mitigation Policy.' *Urban Affairs Review* 47 (3). 433–57.

³ Benz, A. et al. 2015: 'The trans-local dimension of local climate policy. Sustaining and transforming local knowledge orders through trans-local action.' *Urban Research & Practice*, 8 (3). 319-335.

⁴ Ostrom, E. et al. 1994: 'Rules, games, and common-pool resources.' *Ann Arbor, Univ. of Michigan Press.*

und Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen? Und zweitens, falls ein Effekt identifiziert werden kann, besitzt dieser eine unabhängige Erklärungskraft oder lässt er sich weitgehend auf institutionelle oder strukturelle Bedingungen (administrative Ressourcen, sozio-ökonomische und finanzielle Voraussetzungen, etc.) zurückführen? Das Papier möchte erste Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt präsentieren, das basierend auf einer Umfrage die Klimaschutz- und Energiewendepolitik deutscher Großstädte (Städte mit über 100.000 Einwohnern) untersucht. Es verknüpft die in Themenblock 2 des CfP thematisierte „kommunale“ und „transnationale Ebene“.

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 35 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Energiewende-Politiken von Ländern,
Regionen und Kommunen

Freitag, 30.09.2016, 16:00 - 17:30 Uhr

*Abstract für die
DVPW Drei-Länder-Tagung 2016
Themenblock 1: Energiewende-Politikstile
Europäische und nationale Ebene: Strategien und Maßnahmen der Energiepolitik (a)
Alternativ ggf.: Ebene der Länder und Regionen: Energiewende- und Klimaschutzpolitiken (b)*

Energiesystemtransformationen in Dänemark, Frankreich und Deutschland: die vernachlässigte Rolle der Akteure

Die Transformation der Energiesysteme geht nicht allein auf den Nuklearunfall in Fukushima zurück, sondern fußt auf jahrzehntelangen Entwicklungen, die die Energiesysteme geprägt haben. Diese Veränderungen lassen sich über pfadkreative Prozesse rekonstruieren. Im Fokus dieser Prozesse stehen nicht, wie häufig herausgearbeitet, allein Technologien, sondern insbesondere Akteure, die durch ihr Handeln die Transformationsprozesse auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene beeinflussen und so neue Pfade mitgestalten. Welche Akteure sind für den Prozess der Energiesystemtransformation relevant und welchen Einfluss nehmen sie auf den Transformationsprozess?

Dieser Frage gehe ich in meiner Dissertation nach, um die Transformationsprozesse in Deutschland, Dänemark und Frankreich zu untersuchen. Im Gegensatz zu den gängigen Transformationstheorien wie zum Beispiel der *Multi-Level Perspective* von Frank Geels wende ich einen akteurzentrierten Ansatz an. Dazu greife ich auf die theoretischen Ansätze des historischen und akteurzentrierten Institutionalismus sowie die Ansätze der Pfadabhängigkeit und insbesondere der Pfadkreation nach Peter Karnøe, Raghu Garud und auch James Simmie zurück.

Methodisch beruht die Analyse auf Experteninterviews mit Akteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Wissenschaft/Technik in den drei Ländern. Das Ziel ist es zum einen hemmende und fördernde Faktoren der Transformation zu identifizieren, zum anderen die Einflussnahme der Akteure auf die Transformation herauszuarbeiten. In meinem Vortrag werde ich erste Ergebnisse der Experteninterviews vorstellen und diese in den jeweils spezifischen nationalen energiepolitischen Kontext einbetten. Meine Ergebnisse geben dabei nicht nur Aufschluss über die aktuellen Entwicklungen, sondern zeigen auch unterschiedliche Vorstellungen über mögliche zukünftige Transformationspfade auf.